

Erscheinung
täglich mit Ausnahme am
und Feiertagen.

Bezugspreis
vierteljährlich 3,50 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 Mk. 25 Pf.

Wochenpreise
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreiszeitung

für den Obermainus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenzeit der
Pettizeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Luisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11965
Frankfurt a. M.

Was kommt?

Ein Aufruf des Zentralrates.

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, der von der Reichsregierung der A- und S-Kräfte eingeleitet worden ist, erläßt folgenden Aufruf:

an alle Arbeiter- und Soldatenräte
Deutschlands!

Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat uns, wie Euch bekannt, zu seinem Kongreßorgan ernannt und uns seine Vollmachten übertragen. Wir haben in den ersten Wochen unserer Tätigkeit uns hauptsächlich mit den zum Vornahme stehenden Aufgaben in Berlin beschäftigt, wo eine kleine Minderzahl gegen den allgemeinen Willen des Volkes, besonders auch der Berliner Bevölkerung, und gegen den ausgesprochenen Willen der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands eine Gewaltverhaftung zu errichten versucht ist. Das verwerfliche, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Warden hat uns genötigt, der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und die Notwendigkeit, die unter dem freigelegten Regime existiert, hergestellt werden kann. Alle Meinungsverschiedenheiten im einzelnen müssen jetzt durchgesetzt werden hinter das Ziel, die schwer erzwungenen Vollmachten zu beseitigen, einen Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze wertvolle Volk vor neuen Bürgerkriegen zu bewahren. Es ist die Pflicht aller Arbeiter- und Soldatenräte, uns und die Reichsleitung dabei mit allen Mitteln zu unterstützen. Darin, was dazu erforderlich ist, besteht. Je einmütiger sich die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und die von ihnen gewählten Räte zusammenschließen, desto rascher wird der Kampf nach dem Willen des Volkes entschieden sein!

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.

Zu den Vorgängen in Berlin.

Die Reichshauptstadt trat am Montag wieder einem bräutlichen Vergnügen. Selbst in den ersten Tagen der Revolution ist die Bewegung großer Volksmengen leidenschaftlicher gewesen. Wie war die Lage so ungeheuer, wie am 6. Januar, da der Bloß um Karl Liebknecht sich zusammenzogen zu einem „letzten Kampf“ gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. Unabsehbar waren die Volksmassen, die in allen Teilen der Stadt durch die Straßen strömten. In der Siegesallee auf dem Gelände eines der Denkmäler hielt Karl Liebknecht, ein Phantast seiner Ideen, den Hut zusammengeballt in der verdrängten Menge, eine Rede und lärmte seine Phrasen von der sozialistischen Weltanschauung förmlich in die Köpfe seiner Anhänger hinein und einen Augenblick schien es fast als ständen diese tausenden wirklich unter einem feinen, einheitlichen Willen und wüßten selbst was sie wollten. Aber es scheint nur so, denn kaum hat der Führer geendet, da strömten sie wild durcheinander zu Demonstrationen und räumten von Stimmen werden in der Menge laut, die dieses oder jenes Ziel, angaben. Ein sehr bewegtes Bild schied sich vor dem Sitz der Regierung, der Reichskanzlei, in der einst so vornehm und stillen Wilhelmstraße auf. Fortgesetzt ziehen neue Massen mehrheitlich sozialistischer Anhänger der Regierung und Be-

treter der bürgerlichen Parteien zur Reichskanzlei und bilden ein lebendiges Wall um das Gebäude, das von Soldaten in Sturmhauben und mit Handgranaten und Maschinengewehren bewacht wird. Brausend pflanzen sich Schreie auf die Regierung von Straße zu Straße fort, fallen von den Fassaden der schönen alten Häuser und brechen sich an den tief eingeschnittenen Vorgärten des Regierungshauses. Die Volkshandlungen Wille und Ernst sprechen zum Volk und finden reichen Beifall. Aber die Menge ist nicht befriedigt. Sie will Ebert oder Scheidemann selbst hören. Die aber haben jetzt keine Zeit. Erst später läßt sich Scheidemann vernehmen. Unter den Oberbürgermeistern von Hannover, Vöhrert, kluger Zeitung ist der Zentralrat der A- und S-Kräfte der deutschen Republik mit dem Rat der Volksbeauftragten zu vielleicht der schwerwiegendsten Entscheidung zusammengetreten, die diese Regierung bisher zu fassen hatte. Es handelt sich für sie auch um die neue Ordnung am Einn oder Nichtsein. Es muß endlich Klarheit darüber herrschen, ob die Regierung tatsächlich die Macht in Händen hat ihre Befehle durchzusetzen oder nicht und Klarheit will sie sich nunmehr in allen Mitteln verschaffen. Die Beratung dauert lang, aber die Menge wartet geduldig auf der Straße bis Ebert aus Fenster tritt. Jubelnd wird er begrüßt. Dann wird es still auf dem weiten Platz, und Ebert ergreift das Wort. Man sieht ihm die tiefgehende Erregung an, als er mit kurzen, wie abgehackten Sätzen seine Worte unterbreitet. „Wir wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen alles versuchen, gütlich zum Ziele zu gelangen, aber wenn es nicht anders geht dann werden wir mit Aufbietung aller Nachmittel, die uns zur Verfügung stehen und wollen es um des ganzen deutschen Volkes willen mit Wundenherz gegenüber durchsetzen.“ Wieder jubelt die Menge und man hat endlich das Gefühl, daß die Regierung es diesmal nicht bei Worten lassen will. In Lastautos strömen tausende von Soldaten zum Wilhelmsplatz. Dort stehen an der Autos mit Lafetten und Munition, die unter die aufs tiefste erbitterten Feldgrauen verteilt werden. Immer mehr Autos kommen von allen Seiten, immer größere Scharen bewaffneter Soldaten ziehen durch die Straßen, führen sie von Feuertürmen, lassen die Fenster zerbrechen und halten Nacht, daß kein Terror von Liebknechts Ruf aufkommen kann. Vom Wilhelmsplatz führen Feldgeschütze in regelmäßigen Pausen auf ein unbekanntes Ziel. Heulend und pfeifend laufen die Granaten über die Menge hinweg. Ta erlöst plötzlich von der Erde der Leichter und Friedhofstraße Gewehrgeknatter und das dumpfe Tröhnen ploßender Handgranaten; Spartakisten haben einen noch unbewaffneten Trupp regierungstreuer Soldaten überfallen. Die ersten Toten und Verwundeten dieses Tages werden von Sanitätern in das Wertheimische Krankenhaus getragen. Was nun wird, weiß kein Mensch. Die Lage steht auf des Messers Schneide. Jeder Augenblick kann blutigen Bürgerkrieg bringen, um so mehr als die Spartakusleute einen Vermittlungsvorschlag der unabhängigen Sozialisten, den die Regierung anzunehmen gewillt war, abgelehnt haben. Das Ergebnis des Vermittlungsversuchs ist, daß die Leute Liebknechts versuchen, die Reichskanzlei zu stürmen. Sie wurden mit Handgranaten und Maschinengewehrfeuer empfangen. Aber das hinderte Liebknecht nicht, zur selben Stunde vom Balkon des einstigen kaiserlichen Schlosses aus seinen Anhängern zu verkünden: „Ich habe heute Nachmittag die Regierung übernommen!“ Soweit aber ist es noch nicht. Die Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht gefallen.

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Das Haupttelegraphenamt ist gegen 3 Uhr nachmittags von Anhängern des Spartakus-Bundes besetzt worden.

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) In den späten Abendstunden kamen noch einige ergangene Meldungen ein. So weiß die Germania auf Grund einer Meldung aus Spanien zu berichten, daß Anhänger der Spartakus-Gruppe die spanischen Waffen- und Munitionsdepots gestürmt hätten und an ihre angestammten Waffen verteilten.

Wie in den Nachmittagsstunden, so wird auch in den Abendstunden in den Straßen geschossen und mit Handgranaten gerampelt. Ueber die Zahl der Verletzten und Toten, die es im Laufe des Tages gegeben hat, ist bis zur Stunde nichts bekannt. Das Organ der Regierung, die „Deutsche allgemeine Zeitung“, weiß zu melden, daß man nicht nur die großen Berliner Verlage und den „Vorwärts“ besetzt hat, sondern, daß man heute früh um 6 Uhr sogar in Privatquartieren eingedrungen sei und dort großen Unruhe verursacht. Auch die Privatwohnung des neuen sozialistischen Eugen Ernst sei gestürmt und besetzt worden; in dieser Wohnung seien Maschinengewehre aufgestellt worden.

Frankfurt a. M., 7. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Zig.“ gegen über die gestrigen Berliner Ereignisse noch folgende, im Augenblick, wie sie schreibt, nicht nachprüfbar Meldungen zu: Zwischen 5 und 6 Uhr erfolgte ein Angriff auf das Reichsjustizhaus; er wurde abgelehnt. Auch an verschiedenen anderen Punkten kam es zu Zusammenstößen zwischen Spartakisten und Regierungstruppen. Nur die Nacht erwartet die Regierung weitere Angriffe, doch jagt sie sich allen Möglichkeiten gewachsen.

Auf Anregung von Dittmann, Haase und Breitfeld soll eine Verhandlungssession eingeleitet worden sein. Die Regierung habe sich zu Verhandlungen bereit erklärt, von vornherein aber dreierlei gefordert: Entwaffnung aller Kämpfer auf beiden Seiten; Räumung der besetzten Amtsbauwerke und Redaktionen; Unterwerfung Eichhorns.

Weitere Einzelheiten liegen zur Stunde nicht vor.

Waffenrußland und Befehle.

Berlin, 6. Jan. (Amtlich.) Gegen die Unterbindung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen dem rechtsrheinischen und linksrheinischen Gebiet erhob die Deutsche Waffenrußlandskommission neuerdings Einspruch und überreichte eine eingehende Darstellung der durch die Absperzung der verschiedenen Industrien hervorgerufenen außerordentlich schwierigen Lage. So sei die gesamte Industrie des linksrheinischen Gebietes dadurch in Gefahr gestellt, daß der bisher aus dem rechtsrheinischen Gebiet gelieferte Rohmaterial nicht mehr geliefert werden kann. Andererseits sei die östlich des Rheines ansässige Industrie nicht in der Lage, die bisher von linksrheinischen Werken bezogenen Bestandteile zu erhalten. Auf Grund

Sofortige Ablieferung

von

Heeresgut

bei den zuständigen Behörden

beschleunigt den Frieden

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8 Friedrichstr. 66

Felice.

Roman von Arthur Windler-Tannenbergs.

(Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Felice entsann sich, daß ihr Lina damals erzählt hatte, er, der Leo, spiele „so süß“. Sie hatte nicht übertrieben. Und nun hallten die Klänge ihr am Ohr vorbei, sie war wieder bei ihm mit allen ihren Gedanken. Welch seltsam begabter Mensch! Immer schwärmerischer verlor sie sich in dem beglückenden Idempiel, ihr Idol mit eingebildeten Reizen und Vorzügen zu schmücken. Es war so verlockend leicht! Ungelesen, ungeahnt, umdunkelt von Nacht und umdringlichem Geheimnis, so, als ob sie eine Tarnkappe trüge, bezauberte sie die Regungen des Zitherspielers da unten, der sich so frei und wahr gab, weil er sich einsam, tief einsam glaubte. So also war er, nicht bloß, wie er sich in der Pflicht seiner Stellung gab, entschlossen, zuverlässig und kraftvoll! Weich, tief und innig!

Jetzt liebte sie ihn, und als sie das begriff, legte sie den Kopf auf die Arme und weinte. Das launische, hochfahrende, oberflächliche Kind fühlte sich so ernst, so reif und so stark, so selig und so unglücklich, daß es weinte. Von unten aber sangen die Saiten! Was sollte, sollte da werden? Ja, um Gottes willen, was sollte, sollte da werden! Unmöglich war's undenkbar! Der Vater, die Brüder! Sie schauerte in sich zusammen, und dann wieder überließ es sie schreckhaft heiß. Sie fieberte, und als sie zu Bett gegangen, floss sie der Schlaf.

Wenn ihr die Lider herabzanken, weil sie so müde und so schwer waren, dann sah sie mit geschlossenen Augen den statisch schönen Mann neben sich stehen, wie er ihr die

Hand, diese starke, sichere Hand unter den Fuß legte, oder plötzlich sah sie ihn auf dem noch ungebändigten Pferde, das ferkengerade emporstieg und ihn im Ueberfliegen unter sich begraben drohte.

Da durchzuckte es sie, wie ein körperlicher Schmerz. Sie schrie auf und war wieder ganz wach.

Immer auf neue drohend wuchs die Frage vor ihr empor: Was soll aus alledem werden?

Es ging um Vater und Heimat, es ging um alles Wohleben in der Welt. Sie war das verwöhnte Kind gewesen, das alles geduldet hatte, was es wollte, hier war auch ihm die Grenze errichtet, wo es nicht mehr durfte. Ihre Abkunft und die Ehre ihres Stammes sprachen ein gebietendes nein! — Und ihnen war sie so verfallen, nur ihnen so unaussprechlich verfallen, daß sie ihre Liebe als Schwäche und energischen Widerstand als Willensstärke empfand.

Also wollte sie kämpfen! Die Achtehnjährige, die Lebenssehnsüchtige! Wie würde dieser Kampf enden?

Ruhelos warf sie sich umher und zerbrach sich den heißen Kopf mit der Frage, ob das, was sie durchglühte, überhaupt Liebe sei, ob Liebe wirklich nach nichts mehr frage, auch nicht nach dem, was immer bisher als heilig, ehrentätig und als unverletzliches Gesetz gegolten hatte!

Das, was man gemeinhin als romantisch bezeichnet, war sie nicht, dazu hatte in ihr ein viel zu starres und starres Herrschgewußtsein gesteckt. Dieser rätselhafte Mann war und blieb ein Mensch niederen Grades für sie, und hinabsteigen würde sie nie, wollte sie nicht!

Wollte sie's wirklich nicht?

Ach, sie wußte gar nicht mehr, was sie wollte, und in dieser Willenlosigkeit fühlte sie sich unglücklich und verwirrt, kam sie sich schwach, verächtlich und klein vor.

Wie betäubt, wie geschlagen erwachte sie am andern Morgen.

Da raffte sie sich, zornig mit sich selbst, zusammen. Kampf gegen sich, war die Parole ihres Willens! Der Domesst sollte abgetan werden als Regierer ihrer Entschlüsse. Sie beschloß, daß Fektor gefeuert werde und daß Leo sie begleite.

11. Kapitel.

Am Himmel schoben sich kupferfarbene Wolken mit hellen Säumen herauf, und eine leichte Schwüle trock durch die steinern stillstehenden Büsche und Baumreihen, als Felice vor dem Stalle erschien. Sie sah bleich und übermäßig, zudem noch so ernst und abweisend wie nie aus.

Leo grüßte fröhlich, sie dankte laun.

Als er neben Fektor trat, sie in den Sattel zu heben, sagte er: „Gnädigste Baroness, darf ich Sie auf etwas aufmerksam machen?“

Sie wandte leicht den Kopf: „Nicht? Auf was?“

Ein unfähig hochmütiger Blick streifte ihn.

„Es liegt ein Gewitter in der Luft —“

„Was tut das?“

„Wenn gnädigste Baroness das Wetter nicht scheuen, gut, aber Fektor —“

„Was ist's mit dem?“

„Könnte unruhig sein. Es wäre das die Gelegenheit zu einem Rückfall in seine Launen —“

Die müden Augen suchten in zornigem Leuchten auf: „So? — Er soll's nur. Wir reiten.“

Da gab er den Widerstand auf und half ihr auf den Braunen.

Er hatte ihn richtig tarziert.

(Fortsetzung folgt.)

dieser Darlegungen ersucht die Deutsche Waffenstillstandskommission um Freigabe des ungehinderten Bezuges von Rohmaterial und Halbfabrikaten und des ungehinderten Verlaufs fertiger Erzeugnisse vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Ufer und umgekehrt.

Die Ereignisse in Posen.

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Am Samstagabend ist es zu heftigen Kämpfen zwischen den Polen und den deutschen Truppen in der Stadt Bentschen gekommen. Die Stadt wurde schließlich von den Polen besetzt, während sich die deutschen Truppen auf den Bahnhof zurückzogen und ihn verteidigten. Da die Polen gegen sie in den festen Gebäuden mit Maschinengewehren nichts ausrichten konnten, ließen sie im Laufe des Abends Artillerie herantommen und nahmen den Bahnhof unter Feuer. Die deutschen Truppen erwiderten das Feuer und es entwickelte sich ein Artilleriekampf, der jedoch zugunsten der Polen verlief, da 15 polnische Geschütze nur zwei deutsche gegenüberstehen. Am Sonntag versuchten die Polen nochmals einen Sturm auf den Bahnhof, wurden aber wiederum abgewiesen. Der Bahnverkehr nach Posen ist unterbrochen. Die Züge von Berlin verkehren nur bis Schwibbus. Nach einer Meldung vom Samstagabend soll sich auch Weiser in den Händen der Polen befinden. Es ist am Freitag von etwa 3000 Polen eingeschlossen worden und fiel am Sonntag in polnische Hand.

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Ueber die Lage in Posen und den angrenzenden Landesteilen liegen hier nur Meldungen der Telegraphenunion vor. Dagegen ist die Verbindung zwischen Schneidemühl und Kolmar unterbrochen. Dieses ist von den Polen besetzt; auch in Schneidemühl erwartet man jeden Augenblick das Eintreffen der Polen. Dagegen ist Kassel wieder in deutschem Besitz. In Hohenfelde sind Artilleriekämpfe im Gange; der Bahnhof wurde in Brand geschossen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 7. Jan. 1919.

* **Kreisausschuh.** Am Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 2½ Uhr findet eine Sitzung des Kreisausschusses mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verwaltung in Königlein.
2. Fonds für Erwerbslosenfürsorge.
3. Antrag Oberstedten auf Vorschusszahlung.
4. Kreisbeiträge für gewerbliche Fortbildungsschulen.
5. Kreisbeitrag zu den Anstaltskosten des erblindeten Zigarrenarbeiters Josef Bode aus Weitzschen.
6. Vorlage betr. Erhöhung eines Kreisbeitrages für die Bezirksfürsorgeämter.
7. Verbrauchsregelung von Pferdefleisch.
8. Eingabe wegen Uebertragung der Verteilung von Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel.
9. Schreiben des Bürgerrats Cronberg betr. Lebensmittelzuteilung.
10. Vermietung einer Wohnung im Hause Louisestraße 86.
11. Erhöhung der Kosten für Herstellung der Heizungsanlage im Hause Louisestraße 86.
12. Eingaben über Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten.
13. Schreiben des Zentralverbandes der Gemeindebeam-

ten Pioniers vom 21. 11. 18.

14. Besuch des Willi Grunert zu Oberstleutnant am Erteilung der Konzession zum Betriebe bzw. Uebernahme der Gastwirtschaft „Zum Kronprinzen“ (an Stelle von Josef Kreh).

Angelegenheiten der landw. Unfallversicherung.

1. Unfalltote Frau Kath. Angeheuer, Eppenhain.
2. Unfalltote Anton Hermann, Hornau.

(Nachtrag im Bedarfsfalle in der Sitzung vorbehalten.)

* Der Gesamtauflage dieser Ausgabe ist ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei beigelegt.

* **Keine Lebensmittel im Schloß.** In der hiesigen Stadt sind Gerichte im Umlauf, wonach im hiesigen Schloß erhebliche Mengen von Vorräten an Lebensmitteln versteckt gehalten werden sollten. Um eine Befestigung dieser Gerichte zu erhalten, hat sich der hiesige Arbeiterrat der Mühe unterzogen, das Schloß daraufhin einer Durchsuchung zu unterziehen. Das Ergebnis der Untersuchung war negativ.

* **Kurhaus-Theater.** Als 9. Vorstellung im Abonnement bringt das hiesige „Neue Theater“ (Direktion Arthur Hellmer und Max Krimm) am Donnerstag, den 9. Januar, „Die Kichtige“, Pantomime in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda, erfolgreich über zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Földi Sargora, Clara Maiermann, Luise Baras, Edith Richards, die Herren Direktor Max Krimm, Willa Amminger, Robert Grünig, Franz Kover, Hans Schwarze, Karl Henkel, Rolf Guntler. — Spielleitung: Hans Schwarze. — Bühnenbilder: Robert Kappach. — Anfang der Vorstellung 7 Uhr.

* **Homburger Turnverein.** In unserem Bericht über den „Familien-Abend“ ist infolge einer Verwechslung leider ein Irrtum entstanden, den wir hiermit richtig stellen. Nicht Fräulein Weigand spendete die Liedervorträge, sondern die Turnerin Marie Gehm war es, welche durch ihren künstlerisch schönen Gesang das Interesse der Zuhörer fesselte. Nachzutragen ist ferner, daß der von der Turnerin Uhlitz gesprochene „Prolog“, von Herrn Lehrer a. D. Georg Stude verfaßt wurde.

* **Deutsche Demokratische Partei.** Die Jugendgruppe der Deutschen Demokratischen Partei hielt, wie uns mitgeteilt wird, am Sonntag vormittag im „Schützenhof“ eine Versammlung ab, die aus allen Berufsschichten gut besucht war. Herr Oberpostassistent Zierau wies in seinem Vortrag zunächst auf die Pflicht der Jugend hin, sich politisch zu betätigen. Er erläuterte dann einige Programmpunkte der demokratischen Partei, die im Mittelpunkt des Interesses stehen, etwas näher. Sehr lebhaft und anregend gestaltete sich die Aussprache, an der sich besonders die Damen Schinzinger und Boller und die Herren Jourdan, Struth, Ruthe u. Maas beteiligten. Besonders wurde hierbei hervorgehoben, was die Deutsche Demokratische Partei nach rechts und nach links trennt. Es wurde betont, daß die Mitglieder dieser Partei sich ganz selbstverständlich genau so gut als Deutsche fühlen, wie die der anderen Parteien, daß sie es aufs tiefste beklagen, daß unsere derzeitige Regierung nicht mit der nötigen Kraft gegen das anmaßende Verhalten der Polen, das den berechtigten Jörn eines jeden Deutschen wachrufen muß, auftritt. Ebenso tief beklagen sie die Zustände in Elsaß-Lothringen und die Absplittierungspläne im Rheinland, Schlesien und Bayern. Die Deutsche Demokratische Partei erwartet von den Vertretern des Deutschen Reiches auf der Friedenskonferenz, daß sie aufrecht und willensstark

dort auftreten in dem Bewußtsein, ein wohl tief unglückliches Volk zu vertreten, das aber die Kraft besitzt, sich wieder aufzuraffen und das ein Recht zu haben hat. Eingehend wurde auch das jetzt so viel erörterte Thema: „Trennung von Kirche und Staat“ erörtert. Es wurde dabei auf eine Versammlung hingewiesen, die am Donnerstagabend im „Schützenhof“ stattfinden wird und in der Herr Pfarrer Konjistorialrat Dr. theol. Förster aus Frankfurt a. M. das Thema behandeln wird. Die in jeder Beziehung gut verlaufene Versammlung wurde mit dem Wunsch, daß auch die bis jetzt noch fernstehenden demokratisch gesinnten jungen Damen und Herren Homburgs und Umgebung sich offen und rücksichtslos unserer Sache anschließen möchten.

* **Deutsche-Nationale Volkspartei.** Wir haben gestern an dieser Stelle auf Veranlassung des Herrn Lehrer Kühne, Kirdorf, die Notiz gebracht, daß derselbe mit dem in dem Aufruf der Partei als Beisitzer genannten Lehrer Kühn nicht identisch sei. Diese Notiz hat den hiesigen Architekten Max Kabe veranlaßt uns zu bitten sich dazu äußern zu dürfen. Er schreibt: Herr Lehrer Kühne wurde als Mann unseres Vertrauens vorgeschlagen als Beisitzer. Herr Kühn ist in der Mitgliederversammlung am 2. 1. einstimmig gewählt worden. Leider konnte vor der Veröffentlichung des Ergebnisses seine Einwilligung nicht eingeholt werden. Der Druckfehler war unbeabsichtigt. (Das war übrigens kein Druckfehler, sondern ein Fehler im „Manuskript“). D. K.) Herr Kühn hat die Wahl leider abgelehnt.

(Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß wir derartige Notizen künftig nur noch im Inseratenteil berücksichtigen können. D. K.)

1. Die **Zentrumspartei** Bad Homburg hatte gestern Abend, so schreibt man uns, seine Mitglieder zu einer wichtigen Vorbereitung über die intensivierte Werbetätigkeit in den nächsten Tagen in den Saal des Schützenhofes eingeladen. Sehr zahlreich waren die Parteifreunde erschienen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden des kath. Männervereins, Zwißbachfabrikant Hett, verbreitete sich eingehend in interessanten Ausführungen Rechnungsrat Eichenauer über das Programm der einzelnen Parteien. Besonders reichlich wurde die Bekanntmachung des begeisterten Austrufes unserer evangelischen Glaubensgenossen in Berlin zum Beitritt zur Zentrumspartei aufgenommen.

Als zweiter Redner beleuchtete Schirmfabrikant Weisshaupt in treffenden Worten die Geschichte und die Ziele unserer Partei, wies nach, daß das Staatsleben und die Religion sich gegenseitig notwendig ergänzen müßten, und daß die entscheidende Wahrung dieser Interessen, sowie der aller Stände nur in der Zentrumspartei zu finden sei.

Beide Redner ernteten für ihre trefflichen und begeisterten Ausführungen lebhaften Beifall. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde Oberlehrer Müller zum Vorsitzenden der hiesigen Zentrumspartei und die beiden Redner zu Stellvertretern gewählt. Bei der Diskussion beteiligte sich recht lebhaft Fräulein von Langen. Am Schluß forderte der Vorsitzende auf, sich nächsten Mittwoch recht zahlreich zu der Zentrumsversammlung in dem Speisesaal des Kurhauses einzufinden.

Roosdelt 7.

Neuwied, 5. Jan. (W. B.) Der frühere Präsident Roosdelt ist infolge einer rheumatischen Erkrankung Samstag früh gestorben.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigelegt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlmischlinge vermerkt.

Artikel II.

In Ergänzung des § 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet:

Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der nächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Artikel III.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Bad Homburg v. d. H., den 6. 1. 1919.

Die Gemeindevorsteher und ebenso die Wahlvorsteher bzw. deren Stellvertreter wollen für genaueste Beachtung der Verordnung Sorge tragen.

Der Landrat. Für den Vollzugsauschuh des Kreises.
v. Marg. Minteln.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 (G. S. 201) und des § 12 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1353 ff.) fordere ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 11. Januar 1919 bei dem unterzeichneten Wahlkommissar einzureichen; sie müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein und dürfen nicht mehr als 22 Namen enthalten.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Dieselben Unterschriften sollen nicht unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag sind außer den Zustimmungserklärungen der Bewerber Bescheinigungen der Gemeindevorstände vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindevorstände sind verpflichtet, solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuh, zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 19. Januar 1919 bei dem unterzeichneten Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind.

Die Geschäftsräume des Wahlkommissars befinden sich im Regierungsgebäude zu Kassel, Schloßplatz 6, Zimmer 28, Fernsprecher Nr. 1342, Nebentelefon 21.

Geschäftsstunden: Wochentags von 9–1 Uhr.

Sprechstunden für den Wahlkommissar von 12–1 Uhr mittags.

Kassel, den 2. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für die Wahl zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Lenke.

Verordnung

zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918. Vom 28. Dezember 1918.

Artikel I.

Auf Grund von § 9 Abs. 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt:

Bescheinigung

(Truppenteil)		(Datum)
Dem (Vor- und Zunamen)		
geboren am		
(Stand oder Gewerbe)		
wohnhaft in		
wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt.		
(Dienststempel)		(Unterschrift)
		(Dienstgrad)

Das Kriegsministerium von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzugeben.

Die Auszahlung der Entlassungsgelder
muß bis auf weiteres ausgesetzt werden wegen Geldmangel.
Kontrollamt Höchst n. H. — Bad Homburg — Hingen.
Kontrollstelle Bad Homburg.

Zentrumspartei.

Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im
Speisesaal des Kurhauses

Öffentliche Versammlung

Rednerin: Frä. Poß aus Frankfurt a. M.

Redner: Herr Mittelschullehrer Schwarz aus Frankfurt a. M.

 Freie Aussprache. 

Der Wahlausschuß.

Kurhaustheater Bad Homburg.

Donnerstag, den 9. Januar 1919, abends 7 Uhr

9. Vorstellung im Abonnement B.

Gaßspiel des Frankfurter Neuen Theaters

Direktion: Arthur Hellmer und Max Reimann.

Zum ersten Male:

„Die Richtige“.

Traumschwank in 4 Akten von Ludwig Fulda.

Spielleitung: Hans Schwartze.

Künstlerischer Beirat für die Gestaltung der Bühnenbilder:
Robert Neppach.

Gewöhnliche Preise.

Kassenöffnung 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Anfang pünktlich 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Militär Ermäßigung. Vorverkauf auf dem Kurbüro.

Herrenanzüge.

Der Stadt sind von dem Kommunalverband eine größere Anzahl **neuer Herrenanzüge** in der Preislage von 160—264 Mark zugeeignet worden. Die Bezugsscheine werden bei der Städt. Bekleidungsstelle im Rathaus ausgegeben. **Der Verkauf findet im Laden Luisenstraße 99 statt.**

Montags 9—12 Uhr

Mittwochs 9—12 Uhr und 3—5 Uhr

Freitags 9—12 Uhr.

Der Magistrat.

(Bekleidungsstelle)

Der Arbeiterrat.

Deutsch Demokratische Partei.

— Jugendgruppe. —

Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr im
„Saalbau“ Luisenstraße 95

Mitglieder-Versammlung.

Erscheinen aller jüngeren Damen und Herren dringend erforderlich. Noch fernstehende Freunde unserer Sache aus allen Ständen und Berufen herzlichst willkommen.

Die Jugendgruppe.

Nachlaß-Versteigerung.

Mittwoch, den 8. Januar 1919, vormittags 10 Uhr versteigere ich aus einem Nachlasse **Mühlbachstraße Nr. 39** dahier nachstehende Gegenstände öffentlich freiwillig gegen gleichbare Zahlung:

2 vollst. Betten, 2 Nachttische, 2 Glaschränke, 2 Komode, 1 Pfeilerschränken, 1 Küchenschrank, 2 Küchenschränke, 1 Eichen-Schrank, 2 Sophas, 1 Waschkomode, 1 Tisch, 3 Rohrstühle, 1 Standuhr, 1 Spiegel, 1 Waschtisch u. a. mehr.

Karl Knapp,

Auktionator & Taxator.

Besichtigung 1 Stunde vorher.

Deutsch demokratische Partei

Ortsverein Bad Homburg.

Öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 9. Januar, abends pünktlich
7.15 Uhr im Schützenhof dahier.

Trennung von Staat u. Kirche.

Redner: Herr Pfarrer Dr. Erich Förster
aus Frankfurt a. M.

 Freie Aussprache. 

Alle Männer und Frauen sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

An die deutschen Wählerinnen!

Der Tag der Entscheidung naht heran! Bald sollen alle über 20 Jahre alten Deutschen die Verfassungsgebende Nationalversammlung wählen, die unser Vaterland neu aufzubauen hat. Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand der Wählerinnen! Sie machen die starke Mehrheit der Wahlberechtigten aus. Es wäre darum geradezu gewissenlos, wenn eine Wählerin nicht zur Urne ginge.

Wahlrecht ist heute Wahlpflicht!

Können sich die Frauen die Sache nicht leicht machen, indem sie einfach ebenso stimmen wie ihre Männer? Nein! Wozu hat man ihnen denn das Wahlrecht gegeben, wenn nicht zu dem Zweck, daß sie nach ihrer

eigenen Überzeugung

stimmen?

Der sozialdemokratischen Partei gehörten im Frühjahr 1914 175 000 weibliche Mitglieder an; drei Jahre darauf waren es nur noch 67 000, ein ganz winziger Bruchteil der 21 Millionen deutscher Frauen und Mädchen. Der Krieg hat also eine

Massenflucht der Frauen aus der Sozialdemokratie

gebracht, obgleich nach dem Parteibericht „der Krieg mit seinen Begleitererscheinungen: Frauenerwerbsarbeit, größere wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau, Lebensmittelnot und Teuerung günstige Vorbedingungen“ für die sozialdemokratische Werbung unter den Frauen geschaffen hatte. Die große Mehrzahl der Frauen, die sich zum Anschluß an die Sozialdemokratie verlocken ließen, kehrte ihr wieder den Rücken, sobald sie diese Partei näher kennen gelernt hatten!

Viel mögen hierzu die sozialdemokratischen Führerinnen beigetragen haben. Die bekannteste unter ihnen ist

Rosa Luxemburg,

eine polnische Jüdin, die von den Genossen meist die „blutige Rosa“ genannt wird. Auf dem Jenaer Parteitag warf ihr der Führer der Partei, der Abgeordnete Bebel, „Verdrehungen“, „Unwahrheiten“, „vollständige Unterschlagung“ und „Niedertracht“ vor, um der Münchener Landtagsabgeordnete Auer bezeichnete ihr aufzutreten als

„bodenlose Gemeinheit“.

Trotzdem spielte Rosa Luxemburg nach wie vor die erste Rolle in der sozialdemokratischen Partei. Heute steht sie gemeinsam mit Karl Liebknecht, dem Sohn einer ser-

bischen Jüdin, der schon lange vor dem Kriege vom Reichsgericht wegen Landesverrats auf die Festung geschickt wurde, an der Spitze der „Spartakusgruppe“, die sich bemüht, den blutigen Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln.

Die Frauen haben die schweren Mängel unserer Ernährungswirtschaft am gründlichsten kennen gelernt. Wer aber trägt dafür die Verantwortung? Diese Einrichtungen sind nach den Wünschen der Sozialdemokratie geschaffen und unter der Leitung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. August Müller ausgebaut worden. Jetzt wollen die Führer der Sozialdemokratie trotz aller üblen Erfahrungen

die Kriegswirtschaft im Frieden aufrechterhalten und noch weiter ausdehnen.

Die Frauen und Mädchen haben aber selbstverständlich den Wunsch, daß der freie Handelsverkehr und damit die frühere, bessere Versorgung mit Lebensmitteln bald wiederhergestellt werde.

Wo ist denn das Paradies, das der Umsturz dem Volke bringen sollte? Heeresvorräte im Werte von vielen Milliarden sind an die Feinde verschleudert oder einfach ihrem Schicksal überlassen worden. Die durch die Revolution neugeschaffene Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Nachäffung des russischen Bolschewiki-Unwesens, hat sich sehr schnell als die

entsetzlichste Schandwirtschaft

erwiesen. Bereits in den ersten vier Wochen haben diese Herrschaften, wie der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Schiffer feststellte, „mehr als eine Milliarde in die Luft gehen lassen“, d. h. annähernd denselben Betrag, den wir vor dem Kriege in einem Jahre für Heer und Flotte ausgegeben haben! Die Mitglieder des Volksgesundheitsrates der Arbeiter- und Soldatenräte haben sich selbst für den Kopf monatlich 1500 Mark bewilligt, ihren guten Freunden, die sie als sogenannte „Kuriere“, d. h. Boten einstellten, 1200 Mark monatlich und den zugehörigen Tippfräulein 900 Mark. Das ist doch noch ein Geschäft, das bringt doch noch was ein!

Das Hauptziel der Sozialdemokratie ist bekanntlich die sogenannte „Sozialisierung“, auf deutsch: die Verstaatlichung aller Arbeitsbetriebe. Jetzt hat schon die Ankündigung, daß damit nächstens begonnen werden soll, zu einer

Lähmung ganzer Industriezweige

geführt. Je mehr Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen in die Nationalversammlung gewählt werden, desto schneller kommt die allgemeine Verstaatlichung. Diese führt

aber, wie Rußland unter der Bolschewiki-Regierung geradezu grauenhaft bewiesen hat, zur Vernichtung jedes Erwerbes, zu

Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Was bedeutet denn der Sozialismus für die Frau als Gattin und Mutter?

Bebel verlangt in dem bekannten Buche „Die Frau und der Sozialismus“, daß

die Ehe als „Privatvertrag

ohne Dazwischentreten eines Funktionärs“, eines Geistlichen oder Standsbeamten oder sonstigen öffentlichen Beauftragten behandelt werde. Er sagt:

„Die Befriedigung des Geschlechtstriebes ist ebenso jedes Einzelnen persönliche Sache wie die Befriedigung jedes anderen Naturtriebes. Niemand hat darüber einem Anderen Rechenschaft zu geben, und kein Unberufener hat sich einzumischen.“

Jede denkende Frau erkennt, daß die Durchführung dieser sozialdemokratischen Grundsätze

für die Frauen das größte Unglück, die tiefste Erniedrigung

wäre, weil die feste Ordnung der Ehe gerade zum Wohle der Frauen, die nun doch einmal das von Natur schwächere Geschlecht sind, geschaffen worden ist. Bebel schreibt weiter:

„Stellt sich zwischen zwei Menschen, die einen Bund schließen, Unverträglichkeit, Enttäuschung oder Abneigung heraus, so gebietet die Moral, die unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verbindung zu lösen.“

Mit anderen Worten: die Menschen sollen ganz nach Laune und Stimmung zusammen- und wieder auseinanderlaufen, es soll ganz in der Ordnung sein, wenn der Mann

der Frau, sobald der erste Liebesrausch vorüber ist, den Laufpaß gibt. . . .

Die Würde des Weibes, durch die christliche Kultur aus unwürdiger Sklaverei erhoben, wird durch die „Freiheit“ des Sozialismus erneut

in den Staub getreten.

Sozialismus ist gleichbedeutend mit Zerstörung der Ehe und damit auch der Familie als der Grundlage jedes gesunden Staatswesens. Wo es aber keine Familie mehr gibt, da gibt es auch

keine Kindererziehung

mehr. In einem sozialistisch eingerichteten Staatswesen bliebe nur noch übrig, die Kinder möglichst bald nach der Geburt den Müttern wegzunehmen und großen Schulkasernen zur fabrikmäßigen Massenerziehung zu übergeben. Das wird auch von Bebel und anderen Sozialisten offen verlangt. So würden im sozialdemokratischen Staate alle Kinder ohne den segensreichen Einfluß der Eltern aufwachsen, würden

alle Kinder Waisen!

Keine Mutter, die noch Liebe zu ihren Kindern hat, kann der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.

Die Frau ist die Hüterin der guten Sitte, der Gemüts- und Herzensmächte, die allein dem menschlichen Leben seinen Wert verleihen. Die deutschen Frauen und Mädchen werden unserem Volke und Vaterlande und sich selbst den größten Dienst erweisen, indem sie ihre Stimmen in die Waagschale werfen für die Erhaltung deutscher Art, für die Stärkung des deutschen Familienlebens. Die Wählerinnen werden Deutschland retten und die starke Grundlage schaffen für einen gesunden Neuaufbau unseres so schwer darniederliegenden Vaterlandes.

Darum, deutsche Frauen und Jungfrauen, wählet keinen Sozialdemokraten! Denn die Herrschaft der Sozialdemokratie bedeutet unglaubliche Mißwirtschaft, gefährdet unsere Ernährung, zerstört unser Wirtschaftsleben, führt zur Arbeitslosigkeit und Verelendung des Volkes, zur Erniedrigung der Frauen, zur Zerstörung der Familie, zur Untergrabung der Kindererziehung, zum völligen Untergang unseres Volkes.

Darum wählet die Liste der Deutschen Volkspartei.

Gas einschränkung.

Um einer gänzlichen Einstellung der Gasabgabe vorzubeugen, wird die Gasverwendung verboten:

vorm. 9—11 Uhr nachm. 1½—5 Uhr
nachts 11—4 Uhr.

Während dieser Sperrzeiten wird der Gasdruck im Rohrnetz stark vermindert; Gasbühnen sind zu schließen und Bunsenflammen zu verlöschen.

Von der genauen Einhaltung der Sperrzeiten werden wir uns täglich durch unsere Kontrolleure überzeugen und bei zuwiderhandelnden Gasverbrauchern ohne weiteres den Gasmesser entfernen.

Stadt. Gas- u. Wasserwerke.

Warnung.

Die regelmäßige Lieferung des Gases ist in Frage gestellt. Sobald das Kleinerbrennen der Flammen die Möglichkeit des Verlöschens anzeigt, ist der Gasbühnen sofort zu schließen. Unverbrannt ausströmendes Gas ruft die bekannten Gefahren hervor; bei Wiedereintritt der Gaslieferung entströmt aber Gas durch offengebliebene Gasbühnen.

Daher achte man auf jede Gasflamme!

Hessen-Nassauische Gas Aktien-Gesellschaft.

Dem Homburger Frauenverein

wurden zu Weihnachten gütigst überwiesen:

Durch Herrn Oberbürgermeister Käthe 200 Mk., durch Frau Baron von Steiger 100 Mk., von Fr. Arrabin 10 Mk., Fr. E. Born 5 Mk., Fr. Scheinrat von Bülow 10 Mk., Fr. Mentner Dippel 25 Mk., Fr. Blicher-Scheller 3 Mk., Fr. Gullini 10 Mk., Fr. A. Hammelmann 3 Mk., Fr. D. Hammelmann 3 Mk., Fr. Diffe 10 Mk., Fr. Therese Kahn 80 Mk., Frau von Lermer 5 Mk., Fr. Oberbürgermeister Käthe 10 Mk., Frau Frieda Müller 3 Mk., Fr. J. Nagel-Wiener 5 Mk., Fr. Ochs — Martin 5 Mk., Fr. von Raunfels 3 Mk., Fr. M. Kappel 5 Mk., Fr. A. Steinbrink 3 Mk., Fr. E. Schick 3 Mk., Fr. A. Steinhäuser 3 Mk., Fr. Richard-Grünellus 100 Mk., Fr. Justizrat Birmann 20 Mk. Allen gütigen Gebern danken wir hiermit herzlich. Zugleich sagen wir allen verehrten Damen welche uns während der Kriegszeit in liebenswürdiger Weise in der Suppen-Anstalt geholfen haben unseren verbindlichsten Dank.

Bad Homburg, den 6. Januar 1919.

Der Vorstand des Homburger Frauenvereins.

Auf die öffentl. Erklärung der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei habe ich zu erwidern.

daß Unbefangene an meinem Schreiben an meine Freunde vom B.R. vom Treubund und C. S. B. keinen Anstoß genommen haben.

Ich wende mich dort an meine Freunde, um ihnen zu erklären, wie ich zur politischen Betätigung gekommen bin, und fordere sie auf, auch in dieser Wahlzeit an den christlichen Grundsätzen festzuhalten, welche ihnen einzuprägen ich seit Jahren hier im B.R. mich bemüht habe. Hilfe bei meinen Wahlbemühungen erbittet ich besonders von den älteren B.R.lern nur für den Fall, daß die Eltern es erlauben. Ich trete aber für meine Weltanschauung gegenüber anderen Anschauungen ein und hebe hervor, daß Politik im B.R. nicht getrieben wird. Ich tat dies mit folgenden Worten:

Wir müssen ja daran denken, daß jetzt das Haus gebaut wird, in dem wir in der Zukunft wohnen müssen. Wir wollen deshalb bewußt eintreten für lebensvolles Christentum, Vaterland und soziale Reform im aufbauenden Sinne. Laßt uns Bekenner und Träger des Glaubens nicht des Unglaubens und der Vergessenheit sein, sondern lebendigen Glaubens, der durch die Liebe tätig ist. Verbi von Person zu Person und denkt daran was man uns rauben will von Seiten des „Judenliberalismus und der Sozialdemokratie aller Schattierungen“. Kommt helfe mit aufbauen.

Ihr seid teils noch jung und könnt Euch noch nicht politisch betätigen, aber ihr könnt treu sein in den Pflichten, die Euch obliegen, dann kann auch Gott Euch der einst große Aufgaben anvertrauen.

Ihr könnt, falls Eure lieben Eltern das erlauben, mir auch helfen, besonders die älteren von Euch. Es gibt jetzt und in der nächsten Zeit viel Arbeit für mich, tritt doch unsere Gruppe seit langer Zeit erstmals in dieser Gegend bewußt als Partei auf. Aber uns, die wir nicht verzagen an Gottes Hilfe, und gehört die Zukunft. Denkt an den Dienst, den wir leisten durften bei Kriegsausbruch! Wir wollen rechte B.R.ler sein und bleiben und Dienstsinn beweisen.

Politik wird im B.R. nicht getrieben und die Überzeugung jedes Einzelnen schätze ich, das wißt Ihr, Niemand wird vergewaltigt, aber Ihr und Eure lieben Angehörigen sollen und müssen wissen, wie Euer B.R. weiter dazu kommt sich politisch zu betätigen. Ich mußte der Stimme Gottes folgen, ich konnte und durfte nicht länger schweigen, deshalb gehe ich zielstrebig und zielbewußt voran.

Auch in Zukunft haben wir, wie gewohnt, unser B.R. Sonntags: 4—5 für VI—IV; 5—6 für III; 8—9 für II—I und die ehemaligen B.R.ler, die als „Treubund“ sich zusammenschließen, kommen jeden 1. Samstag im Monat von 8—9 zusammen, sind aber auch zu den anderen B.R. Ständen als Gäste jederzeit willkommen.

300 Freunde haben bisher hier Zählung mit dem B.R. gehabt. Laßt uns Freunde bleiben und immer mehr werden. Laßt uns weiterhin Freud und Leid miteinander teilen.

Ladet auch treu ein zur 1. öffentlichen Versammlung im Speisesaal des Kurhauses am Sonntag, den 28. 12. wo über Grundsätze der Deutsch-Nationalen Volkspartei und Deutschlands Zukunft gesprochen wird und veranlaßt, daß die uns treu zur Seite stehenden schon am 7. Uhr anwesend sind, damit sie einen Sitzplatz bekommen. Auch der Vortrag des Herrn Pfarrer Werner am Sonntag in der Erlöserkirche über: „Die Aufgaben der christlichen und deutschen Frau in der Familie und neuen Staatsordnung“ ist von großer Bedeutung, auch dafür wollen wir werden.

So bin ich denn in treuem Gedanken unter besten Grüßen Euer

Max Habe.

Ich überlasse es Jedem sich sein Urteil zu bilden.

Habe.

Deutsche Volkspartei

(früher nationalliberale Partei).

Mittwoch den 8. Januar, abends 8 Uhr pünktlich im Schützenhofes großen Saale des Öffentl. Versammlung

Herr FRITZ GEISLER, Bezirksleiter des Deutschen Arbeiterbundes aus Frankfurt a. M.

spricht über

„Wir Arbeiter und die National-Versammlung“

Freie Aussprache.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei.
Ortsgruppe Bad Homburg.

Steuer-

Erklärungen und -Berufungen, Kriegsgewinn- und Warenumsatzsteuer, Vermögensverzeichnisse usw. werden diskret und korrekt ausgeführt

Elisabethenstrasse 10, I. St.

Villa

zu vermieten oder zu verkaufen.

Die dem verstorbenen Architekten Prof. Manchot gehörige Villa, Dornholzhausen, Marienstr. Nr. 4 ist zum 1. April 1919 zu vermieten oder zu verkaufen.

Nähere Auskunft auf dem Büro des unterzeichneten Testamentsvollstreckers.

Rechtsanwalt Dr. Wolff.
Luisenstrasse 101.

Brennholz-Verkauf.

500 Zentner Buchen-, Eichen- und Birkenholz 25 cm kurz geschnitten per Zentner Mk. 4.80 frei Haus nach abzugeben. Bestellungen nimmt entgegen

Carl Volland Bazar, Telefon 482

Unfallanzeigen

für alle Betriebe gütigst zu haben in der Kreisblattdruckerei